

# Keine Abstriche! Vollstreik für mehr Lohn!

„Deutschland ist Streikland, nichts geht mehr“, so ist in den Tageszeitungen zu lesen. Die Warnstreiks haben gezeigt, was drin wäre. Allein wegen der Streiks von Bodenpersonal an Flughäfen am 5. März musste Lufthansa über dreihundert, ein Sechstel der Flüge stornieren. Man stelle sich vor, an allen Flughäfen würde der Bodenverkehrsdienst, die Gepäckkontrolle, die Polizei und die Flughafenfeuerwehr streiken. Nichts würde mehr gehen an wichtigen Verkehrsknotenpunkten der globalisierten Welt.

Am 6.3. waren fast alle Schleusen des Neckars lahm gelegt. Wenn alle Schleusen auf Flüssen und Kanälen mehrere Tage oder eine ganze Woche bestreikt werden, kommt wegen der Just-in-Time Produktion die Industrie schnell ins Stocken.



Dies sind nur wenige Beispiele für die enorme Kampfkraft der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Was erst, wenn diese Kampfkraft gebündelt wird und alle gemeinsam streiken! Das Beispiel Stuttgarts, wo bereits beim ersten Warnstreik alle Be-

schäftigte **gleichzeitig** zum Streik aufgerufen wurden und 15.000 demonstrierten, wurde Anfang März in einigen anderen Städten aufgegriffen. In der nächsten Phase muss es darum gehen, alle gemeinsam zum Vollstreik zu mobilisieren.

## Die Schlichter sind nicht „neutral“ oder „unabhängig“:



**Lothar Späth, CDU:** ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg, langjähriger Manager bei Jena Optik, zur Zeit Vorsitzender der Investmentbank

Merryl Lynch Deutschland und Aufsichtsratsvorsitzender beim Medienkonzern Holzbrinck. Er sagte schon 2004: „Warum haben wir nicht die Kraft, uns alle gemeinsam auf eine klare Empfehlung der 40 Stunden-Woche zu einigen [...]“

Das blühende Vaterland kostet nun einmal den Preis gewaltiger Anstrengung“ (Handelsblatt, 10.11.04).

**Herbert Schmalstieg, SPD:** von 1972 bis 2006 Oberbürgermeister der Stadt Hannover. Laut Wikipedia setzte er sich für eine Verwaltungsreform und mehr „Kosteneffizienz“ ein. Er ist einer der Verantwortlichen für Lohnverluste und Stellenabbau in den Kommunen.



## Schlichtung dient nur den Arbeitgebern

Jetzt soll der Konflikt durch die so genannte Schlichtung beigelegt werden. Doch Schlichter sind nicht „neutral“ oder „unabhängig“. In der Schlichtungskommission stellt die Arbeitgeberseite mit Lothar Späth (CDU) den Vorsitzenden. Zu allem Überfluss hat aber die ver.di-Führung auch noch für die Gewerkschaftsseite einen weiteren Vertreter des Arbeitgeberlagers angerufen – Herbert Schmalstieg (SPD), ehemaliger Oberbürgermeister von Hannover und Städtetagspräsident. Schon gleich zu Beginn der Schlichtung äußert er sich ganz und garnicht im Sinne der Beschäftigten: Zwar redet er von „Verständnis“ für die Forderungen der Beschäftigten. Gleichzeitig unterstützt er aber die Arbeitgeberposition und sagt, die Gewerkschaften müssen sich bei der Frage der Arbeitszeit „bewegen“ und man müsse die finanzielle Lage von Städte und Kommunen bedenken. Es ist also von vornherein klar:

**Netzwerk**  
für eine kämpferische und demokratische



## Bundesweites Netzwerk-treffen, 24.5., Kassel:

Wie weiter nach der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst? Infos unter [www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de)

Die Empfehlung der Schlichter wird Kompensationen in der ein oder anderen Form, also Verzicht beinhalten. Verzicht können und wollen sich die Beschäftigten aber nicht mehr leisten! Es ist ein Fehler, dass ver.di das Schlichtungsabkommen vom 30.09.2002 überhaupt unterschrieben hat. Es ist verpflichtend, sich darauf einzulassen und **für die zehn Tage** der Schlichtung herrscht Friedenspflicht. Es ist dringend notwendig, dass Ver.di das Schlichtungsabkommen zum nächstmöglichen Termin kündigt. Auch wenn das Verfahren jetzt nicht abzuwenden ist, muss ver.di alles tun, diese Zwangspause schon jetzt für die Vorbereitung zum Vollstreik zu nutzen. **Unmittelbar nach der Schlichtung darf nicht mehr weiter gezögert werden. Statt weiterer Verhandlungen, sollte unmittelbar die Urabstimmung eingeleitet und zum bundesweiten Streik aufgerufen werden.** Die Forderungen müssen dieselben bleiben und dürfen nicht nach der Empfehlung der Schlichter abgeschwächt werden.

### Urabstimmung und Vollstreik

Damit an die positive Stimmung der Warnstreiks angeknüpft werden kann, müssen Versammlungen in allen Betrieben organisiert und für einen Vollstreik mobilisiert werden.

In vielen Orten gibt es keine be-

reichsübergreifenden **Funktionsversammlungen** mehr. Das gilt es ab sofort wieder einzuführen, damit Vertrauensleute und Streikleitungen aus allen Betrieben gemeinsame Aktionen planen können. Diese Treffen sollten auch offen für alle Mitglieder sein.

Die einzige Antwort auf die Provokationen der Arbeitgeber und ihrer Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung kann sein: **Urabstimmung und unbefristeter Vollstreik**. Hunderttausende von Mitgliedern haben ihre Bereitschaft gezeigt, diesen Arbeitskampf bis zum Erreichen des Ziels durchzuhalten. Ängste von KollegInnen, die das erste Mal streiken, werden überwunden, weil die allgemeine Streikstimmung überall spürbar wird. Ein einheitlicher bundesweiter Aufruf zum Vollstreik würde helfen, die bisher noch schlechter organisierten oder kampfunerfahrenen Bereiche mitzureißen.

### Demokratische Streikführung

Alle Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Mitglieder die Verhandlungen und den Arbeitskampf nicht den oberen ver.di-Funktionären überlassen dürfen. Ohne Not hatte ver.di den Absenkungstarifvertrag TVÖD ohne Arbeitskampf unterschrieben und sogar noch als Erfolg verkauft. Viele Mitglieder sind berechtigterweise skeptisch, ob am Ende nicht doch ein Ausverkauf steht.

Dagegen hilft nur eins: **jetzt selbst aktiv zu werden**. Das heißt, sich für **Streikversammlungen** einzusetzen, **Streikleitungen** demokratisch zu wählen.

Die Mitglieder der Bundestarifkommission müssen rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar



sein. Auf Mitglieder- und Streikversammlungen muss **umfassend über den Stand von Verhandlungen zurück berichtet** werden. Die Mitglieder müssen zu jedem Zeitpunkt wissen, was läuft und über die nächsten Kampfschritte diskutieren und abstimmen.

### Selbst organisieren

Über die Bildung von **Streikkomitees** in den Betrieben können auch KollegInnen, die sonst keine betriebliche oder gewerkschaftliche Funktion ausüben, aktiv an der Organisation des Streiks beteiligt werden. Im Streik muss auch der Kampf um die „Köpfe“ geführt werden. Der Propaganda der Arbeitgeber und der Hetze in den Medien während eines Streiks muss die Aufklärung der Gewerkschaften entgegengesetzt werden. Dies geht am besten durch Aktivitäten der KollegInnen selbst, indem man Kundgebungen, Demonstrationen, Aktionen organisiert und raus auf die Straße geht, um mit Leuten zu reden.

## Kampfkraft bündeln

Auch in anderen Bereichen finden Tarifauseinandersetzungen statt. So ist der Tarifkonflikt im Einzelhandel noch immer nicht abgeschlossen. Jetzt stehen auch die Kfz Handwerker in einem harten Arbeitskampf. Auch bei der Post steht eine heftige Auseinandersetzung bevor, denn die Arbeitgeber wollen die Arbeitszeit auch hier verlängern. Das bietet enorme Möglichkeiten, die Kämpfe zusammenzuführen. Wenn mit den 2,6 Millionen Beschäftigten in Bund und Kommunen am gleichen Tag auch noch die VerkäuferInnen, die Kfz HandwerkerInnen, die Post-Beschäftigten und viele andere streiken und in allen Städten gemeinsame Demonstrationen stattfinden, dann wäre das der Beginn für eine massive gemeinsame Streikbewegung. Das kann auch dafür genutzt werden, weitere Beschäftigte in die Streiks mit einzubeziehen. Alle haben die Reallohnverluste der letzten Jahre gespürt. Alle sind von den jetzigen

massiven Preissteigerungen betroffen. Daher brauchen auch alle abhängig Beschäftigten mehr Geld. Wo Tarifverträge jetzt nicht ausgelaufen sind, könnten die Beschäftigten trotzdem einbezogen werden, wenn die Gewerkschaft beispielsweise eine Teuerungszulage von mindestens 200 Euro und 8 % auch für sie fordert. Ver.di könnte hier den Anfang machen und diese Forderung für die Landesbeschäftigten aufstellen.

**Tous ensemble – alle gemeinsam. Schon jetzt hat das „heiße Frühjahr“ begonnen. Mit einem Vollstreik im Öffentlichen Dienst und einer gemeinsamen Streikbewegung für höhere Löhne können Beschäftigte 2008 zu dem Jahr machen, in dem Arbeitskämpfe endlich wieder erfolgreich verlaufen und statt weiterem Verzicht endlich wieder was herausgeholt werden kann.**

# Volle Durchsetzung der Forderungen ist möglich!

## Keine Kompensationsgeschäfte! Mindestens 200 Euro beziehungsweise 8 Prozent – keinen Cent weniger!

Die Wut in den Betrieben ist immens groß. Jahrelangen Reallohnverlusten für die Beschäftigte stehen zum Beispiel gegenüber:

- Abgeordnete, die ihre Diäten um großzügige 9,4 Prozent erhöht haben;
- Vermögensmillionäre, Milliardäre und Bosse, die sich Jahr für Jahr bereichern haben, durch Steuerhinterziehung wie auch durch ganz „legale“ Steuergeschenke der Regierung.

Die Lohn- und Gehaltsforderungen von mindestens 200 Euro und 8 Prozent heben die Reallohnverluste nicht einmal auf und sind daher schon ein Kompromiss. **Sie müssen voll durchgesetzt werden!**

Es darf diesmal nicht, wie so oft, Kompensationsgeschäfte an anderer Stelle geben – nicht bei der Arbeitszeit, nicht bei Bezahlung nach Leistung, nicht bei der Laufzeit oder anderswo.

### Arbeitszeit

Jede Arbeitszeitverlängerung bedeutet Kosteneinsparung für den Arbeitgeber – und geht auf unsere Kosten: **Arbeitsplätze werden vernichtet.** Die Aussicht für Auszubildende auf eine Übernahme schwindet dahin. Der **Arbeitsdruck** für die Beschäftigten nimmt zu, die Gesundheit wird belastet, die Lebensqualität wird eingeschränkt. All diese „Nebenwirkungen“ bedeuten auch, dass die Leistungen für die NutzerInnen schlechter werden, denn gestresst und unausgeschlafen macht man leichter Fehler. Und alle Menschen haben ein Recht Zeit für Familie, Partner, Hobbies, Kultur, Reisen und politisches Engagement!

Statt längerer Arbeitszeiten wäre eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich notwendig. Mit einer 30 Stundenwoche könnten 600.000 neue Stellen geschaffen werden.

Wenn die Arbeitgeber die Arbeitszeit auf 40 Stunden verlängern wollen, dann muss die Antwort von ver.di lauten – nicht mit uns. Stattdessen sollte

eine Gegenforderung nach Verkürzung der Arbeitszeit aufgestellt werden, bei vollem Lohn und Personalausgleich für alle, in Bund und Kommunen, in Ost und West.

Der Druck auf die ver.di-Führung muss von unten aufgebaut werden, denn sie ist zur Zeit nicht bereit, eine Gegenforderung bei der Arbeitszeit aufzustellen. Das öffnet Tür und Tor für Kompensationsgeschäfte. Die darf es aber nicht geben.

Bei einer Streikversammlung im Bürgerhospital Stuttgart wurde ein Meinungsbild unter den Anwesenden erstellt: alle Streikenden waren dafür, der Forderung der Arbeitgeber eine offensive Gegenforderung entgegenzustellen. Alle waren für eine Forderung von höchstens 37 Stunden, zwei Drittel sprachen sich für die Forderung nach der 35 Stunden-Woche aus.

### Nein zum Leistungslohn

3000 Kitabeschäftigte in München forderten bei einer Streikversammlung lautstark, dass die Bezahlung nach Leistung abgeschafft werden muss. Diese Leistungskomponente, die mit dem TVÖD (und mit Zustimmung von ver.di) eingeführt wurde, ist ein Instrument für die Arbeitgeber, den Arbeitsdruck weiter zu erhöhen. Kein Prozent der Lohnerhöhung darf daher in die Leistungskomponente eingerechnet werden, denn das hieße, nur ein Teil der Beschäftigten würde sie überhaupt bekommen.

### Übergangsregelung Entgeltgruppen

Die Übergangsregelung für die Überleitung der Entgeltgruppen vom BAT zum TVÖD ist Ende 2007 ausgelaufen, ohne dass eine neue Regelung in Kraft getreten ist. Hier droht, dass die Arbeitgeber über Neu-Eingruppierungen von Berufsgruppen massive Lohnreduzierungen vornehmen. Daher muss die jetzige Übergangsregelung verbindlich weiterlaufen, bis eine Regelung gefunden wird, die keinerlei



Verschlechterung für keine einzige Berufsgruppe beinhaltet.

### Laufzeit 12 Monate!

In den letzten Jahren wurden die Reallohnverluste auch dadurch festgeschrieben, dass die Laufzeiten bei deutlich über einem Jahr lagen. In derselben Zeit wurde aber durch Preiserhöhungen, Mehrwertsteuererhöhung, Einführung von Studiengebühren, steigenden Gesundheitskosten und vielem mehr die finanziellen Belastungen immer größer. Man kann nicht vorher sagen, wie sich die Lebenshaltungskosten für Beschäftigte in zwei Jahren entwickeln werden. Weitere massive Anstiege bei Strom, Gas, Lebensmittelpreisen sind möglich. RWE und EnBW haben bereits die Erhöhung der Gaspreise um 6-10% ab April angekündigt.

Die Arbeitgeberseite wird versuchen, die Laufzeit so zu verlängern, dass die nächste Tarifrunde erst nach der Bundestagswahl 2009 stattfindet. Auch deswegen muss ver.di hart bleiben, denn eine Tarifrunde vor oder während des Wahlkampfes würde die Ausgangsposition für einen erfolgreichen nächsten Tarifkampf enorm verbessern.

Zudem laufen dann auch die Tarifverträge für die Landesbeschäftigten aus, womit die Kampfkraft im Öffentlichen Dienst nochmals erhöht wäre. Daher darf die Laufzeit für den Tarifvertrag nicht länger als 12 Monate sein!

# Volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen!

- **200 Euro beziehungsweise acht Prozent, 120 Euro für Azubis und keinen Cent weniger!**
- **Ablehnung jeglicher Kompensationen – daher keine Abstriche durch den Schlichterspruch**

- Nein zur Arbeitszeitverlängerung – Die dreiste Forderung der Arbeitgeber nach der flächendeckenden Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und die angedrohte Kündigung der Arbeitszeit darf nicht unbeantwortet bleiben. Dafür muss verdi jetzt eine offensive Gegenforderung für deutliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich aufstellen.
- Nein zum Leistungslohn
- Unbefristete Fortführung der bisherigen Übergangsregelungen zur Eingruppierung, bis eine bessere Regelung gefunden wird, die keine Verschlechterungen beinhaltet.
- 12 Monate Laufzeit

## Unsere Vorschläge für den Arbeitskampf

- Keinerlei Abstriche durch das Schlichtungsergebnis. Unmittelbar nach der Schlichtung Abbruch der Verhandlungen, Urabstimmung.
- Die Kampfkraft muss gebündelt werden, ein unbefristeter Vollstreik organisiert werden.



- Einbeziehung der BeamtInnen in den Streik
- Wahl von Streikleitungen in den Betrieben; lokale, regionale und bundesweite Vernetzung
- Während des Streiks muss massive Öffentlichkeitsarbeit organisiert werden, um gegen die Propaganda der Arbeitgeber und Medienhetze vorzugehen. Entsprechend müssen in den Betrieben Flugblattverteilungen an die Bevölkerung, Aktionen etc. vorbereitet werden.
- Gläserne Verhandlungen: die Mitglieder müssen zu jedem Zeitpunkt wissen, was läuft: volle Information über die Verhandlungen durch die Bundestarifkommission (BTK)
- Recht zur jederzeitigen (Ab)wahl der BTK-Mitglieder durch Versammlungen in den Bezirken
- Regelmäßige Streik- und Mitgliederversammlungen – in den Betrieben und fachbereichsübergreifend
- Diskussion über den Verhandlungsstand und die nächsten Arbeitskampschritte auf allen Ebenen
- Nein zur Schlichtung, sofortige Kündigung der Schlichtungsvereinbarung
- Kein Abschluss oder Streikabbruch ohne mehrheitliche Zustimmung durch die Mitglieder
- Tous ensemble! Bundesweiter Streik- und Aktionstag aller Beschäftigten, die sich in Tarifeinsetzungen befinden – z.B. Einzelhandelsbeschäftigte, KfZ Handwerker, Post-Beschäftigte. Dies könnte der Auftakt für eine bundesweite Streikbewegung für höhere Löhne sein.

## „Wo die 10 Milliarden Euro für die Forderungen der Beschäftigten hernehmen?“

So jammern Politiker und Verhandlungsführer Wolfgang Schäuble (CDU) für den Bund und Thomas Böhle (SPD) für die Kommunen. Hier zwei einfache Vorschläge:

- Rückgängigmachung der letzten Unternehmenssteuerreform 2008. Würde die Körperschaftssteuer wieder auf 25% und die Steuern auf Gewinne aus Zinsen und Dividenden wieder auf 44% steigen, wären 2008 zirka 10 Milliarden Euro mehr im Staatshaushalt. (Quelle Wipo ver.di 6/2007)



- Laut Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom November 2007 betrug das private Geldvermögen in Deutschland im Jahr 2006 insgesamt 5,4 Billionen Euro. Allein ein Drittel dieses Vermögens würde ausreichen, und Bund, Länder und Kommunen wären auf einen Schlag schuldenfrei. Darüber hinaus wären 300 Milliarden Euro übrig. Man stelle sich vor, was man alles sinnvolles mit dem Geld anstellen könnte, wenn es in Krankenhäuser, Kitas, Schulen, öffentlichen Verkehr und Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst investiert würde, anstatt auf irgendwelchen Konten einer reichen Minderheit zu liegen und für den Luxus weniger verpulvert zu werden!

**Netzwerk**  
für eine kämpferische und demokratische



Infos, Kontakt und ViSdP: Angelika Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin, info@netzwerk-verdi.de

[www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de)